

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Erstausgabe: 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 6406-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: RM. 3.80 monatlich, RM. 11.40 vierteljährlich, ohne
Zugabe; durch die Post bezogen: RM. 5.30 monatlich, RM. 16.90 vierteljährlich, mit Bestell-
geld. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle
Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Verzögerungen oder Streiks haben die Be-
zieher keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreise: Erstliche Anzeigen RM. 1.25, ausserordentliche Anzeigen RM. 1.00, sonstige Anzeigen RM. 0.75, ausserordentliche Anzeigen RM. 0.50, für die schließliche Anzeigen RM. 0.25. Bei wiederholter Aufnahme ermäßigter Preise. — Schluss der Anzeigen-
annahme für beide Ausgaben 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an
vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 9, Holzstraße 18, Fernsprecher: Amt Zentrum 11435-11437.

Mittwoch, 27. Juli 1921.

Abend-Ausgabe.

Nr. 344. • 69. Jahrgang.

Ehrenämter und Pfründen.

Die Demokratie ist stets dafür eingetreten, daß dem Volke die denkbar größte Beteiligung sowohl an der Lenkung der Geschicke des Staates als auch an der Ausübung der Rechtspflege eingeräumt werde. Damit es nun möglich gemacht werde, daß auch der Arbeiterstand und Mittelstand in den Reichstag, den Landtag, die Provinziallandtage Vertreter entsenden können, hat die Demokratie immer die Forderung gestellt, daß für diese Körperschaften Diäten gezahlt werden müssen, und daß auch die Teilnehmer an jeder Art von Gerichtsbarkeit, die oft wochenlang — wie das Schwurgericht — dauert, für den Zeitverlust entschädigt werden müssen. Voraussetzung war natürlich, daß nur geeignete Persönlichkeiten für solche Ehrenämter verwendet werden sollten. Gerade der Umstand, daß früher nur begüterte Persönlichkeiten in die Parlamente gewählt werden konnten und als Geschworene ausgelost wurden, oft ohne Rücksicht auf die persönliche Eignung, sondern nur in Rücksicht auf den Geldbeutel, war maßgebend, daß die Forderungen auf Aufwandsentschädigungen mit immer größerem Nachdruck erhoben wurden. Schon vor dem Kriege konnte ein Teil der Forderungen durchgesetzt werden. Es wurden für die Abgeordneten Diäten bezahlt, später wurden für die Geschworenen und die Schöffen Aufwandsentschädigungen gewährt, so daß sich der Kreis der für diese Ehrenämter in Betracht kommenden Personen wesentlich erweiterte.

Die Revolution brachte den großen Umsturz. Die alten Volkssorderungen wurden reiflos erfüllt, soweit die Entschädigung für entgangenen Verdienst bei der Ausübung eines Ehrenamtes in Frage kam. Viele Ehrenämter wurden neu geschaffen — es sei nur an den in allen Städten gewählten Arbeiterrat erinnert und an die Ausschüsse und Kommissionen, welche von ihnen wieder gebildet wurden. Diese Arbeiterräte und Ausschussmitglieder aller Art erhielten Diäten, sehr reichliche Diäten häufig, so daß in vielen Fällen nicht mehr von einem Ehrenamt die Rede sein konnte, sondern von einer Pfründe. In den meisten Großstädten bewilligten sich die Stadtverordneten Aufwandsentschädigungen, auch die unbefoldeten Magistratsmitglieder erhielten eine Vergütung. Da gegen war nichts einzuwenden, so lange die Diäten für tatsächliche Aufwendungen gezahlt wurden. Wenn aber jetzt in dem Schoße der einen oder anderen Institution der Plan aufsteht, aus dem Ehrenamt eine Einnahmequelle zu machen und sich für Ausübung des Stadtverordnetenmandats in die Tausende gehende Jahresgehälter von der Stadt auszahlen zu lassen, so mag gegen einen derartigen Versuch, das Ehrenamt zu einer Pfründe herabzuwürdigen, entschieden Protest erhoben werden. Wer einem Gemeinwesen dienen will, der muß uneigennützig sein, er darf aus seinem Ehrenamt keinen Vorteil zu schlagen versuchen. Es ist deshalb in den meisten Städten die Bestimmung getroffen worden, daß ein Stadtverordneter keine städtische Pfründe übernehmen darf. Der Stadtverordnete, der Gemeinderat, der unbefoldete Stadtrat sind Vertrauensmänner der Bürgerschaft. Es hiesse das Vertrauen mißbrauchen, wenn man sich auf Kosten der Bürgerschaft bereichern wollte. Das ist noch verwerflicher in einer Zeit, wo die Bürgerschaft mit Steuern aller Art auf das schwerste belastet ist. Elemente, welche die Politik des „Enrichissez-vous“ (der Selbstbereicherung) predigen, sollte jede Partei von sich weisen. Solchen Leuten ist nicht die Sorge um das Allgemeinwohl oberstes Gesetz, sondern die Sorge um den eigenen Geldbeutel. Die Republik darf sich durch solche gewinnfüchtige Elemente nicht kompromittieren lassen. Wenn sie auch ihre gute Gesinnung betonen, so muß man ihnen sagen, daß sich die gute Gesinnung am besten in der uneigennütigen Ausübung eines Ehrenamtes zeigt.

Das Strebertum ist mächtig gediehen, es sind Leute dank der Zugehörigkeit zu einer Partei zu Ämtern und Würden gelangt, denen alle Kenntnisse, die doch früher für die Ausübung eines Amtes erforderlich waren, abgingen. Ein Beispiel dafür ist der einstige Kultusminister Adolf Hofmann, der in letzter Zeit dadurch besonders „berühmt“ geworden ist, daß in seiner Berliner Stadtwohnung ein Einbruch verübt wurde, bei dem die „Expropriateure“ Schmuckgegenstände im Werte von über 100 000 M. erbeuteten. Der Herr Kultusminister, der zum Führer der Kommunisten avanciert ist, hatte keine Ahnung von den Erfordernissen seines Amtes und „verdunstete“ bald, nachdem ihm eine beträchtliche Pension zugesichert war. „Mit Recht hier keiner mehr“, das waren seine letzten Worte im Kultusministerium. Derartige Konjunkturbeamte, die nicht die geringste Eignung für ihre Stellung mit-

brachten, sind leider nicht vereinzelt. Nicht alle Landräte, die nach der Revolution ernannt worden sind, haben sich bewährt, so manch einer konnte als Empfehlung lediglich das Mitgliedsbuch seiner Partei vorweisen. Da man aber lediglich mit agitatorischen Redensarten auf einem verantwortlichen Posten auf die Dauer doch nicht bestehen kann, ist so manche „Größe“ aus den ersten Tagen der Revolution bereits wieder in der Versenkung verschwunden. Gerade manch einer dieser politischen Beamten, der seine Prüfung, sondern nur eine gute Empfehlung aufweisen konnte, hat sich in der Praxis als viel bürokratischer als manch alter „Bureaucrat“ erwiesen und hat im Verkehr mit dem Publikum das „Abschnauzen“ gelernt. Es ist oft das einzige gewesen, was er gelernt hat. Es soll nicht geleugnet werden, daß die neue Zeit einer ganzen Anzahl tüchtiger Gewerkschaftsbeamten den Aufstieg ermöglicht hat, und es muß festgestellt werden, daß sich viele von ihnen durchaus bewährt haben. Die Republik braucht in verantwortlichen Stellen Beamte, die ihr treu ergeben sind, aber sie muß es ablehnen, daß diese Stellen mit Persönlichkeiten besetzt werden, die lediglich in dem Posten eine Pfründe sehen.

Ein großes Mißbehagen erregt in Sachsen die Amtsführung des unabhängigen Ministers Lipinski, der es sich zum Prinzip gemacht zu haben scheint, seinen Parteifreunden ohne Rücksicht auf ihre Eignung gute Stellen zu beschaffen. Dieses Pfründnerwesen bedeutet die schlimmste Korruption. Noch schlimmer aber ist es, wenn diese Stellen lediglich parteipolitische Horchposten werden. Dagegen wendet sich die „Sächsische demokratische Korrespondenz“ anlässlich der Besprechung eines Falles Kessel. Es handelt sich um den früheren unabhängigen Abgeordneten Kessel, den Herr Lipinski zum Amtshauptmann von Leipzig ernannt hat. Die „Korrespondenz“ schreibt: „Nach den bereits bekannten Kostproben seiner diktatorischen Fähigkeiten hat es niemand überrascht, daß der Minister Lipinski seinen Freund Kessel zum Amtshauptmann von Leipzig ernannt hat. Je länger dieser Mann Minister sein wird, um so mehr werden sich derartige Handlungen häufen. Die Erregung über diese Ernennung in Beamtentreisen ist begreiflich und berechtigt. Daß jemand ohne entsprechende verwaltungstechnische Vorbildung und vor allem ohne langjährige Erfahrung und Schulung erfolgreich das Amt eines Amtshauptmannes ausfüllen könne, glaubt gewiß kein Unabhängiger. Wie die Mißachtung der geeigneten Vorbildung, der praktischen Erprobung auf die Beamten, denen es Ernst ist um ihren Beruf, wirken muß, kann man sich denken. Es ist für sie niederdrückend, es muß jeden Eifer, jeden Trieb zur Weiterbildung geradezu erlöten, wenn das, was mehrfach jetzt geschehen ist, Brauch wird. Es muß nicht nur den Widerspruch, sondern auch den Spott herausfordern, wenn ein Unkundiger zum Vorgesetzten gemacht wird. Bisher ist wenigstens erstrebt, wenn auch nicht überall erreicht worden, daß der Sachkundige und Sachthätigste über den anderen stehen sollte, auch die Revolution hat das versprochen. Verbitternd muß es auf die Beamten wirken, wenn ihnen die besten Stellen von Außenstehern weggeschleppt werden, noch dazu von Leuten, für die sie die Arbeit machen müssen. Das ist keine „Demokratisierung der Verwaltung“, das ist der älteste Protektionismus. Und wer demokratisch denkt, muß gegen eine derartige Pfründnerwirtschaft den schärfsten Protest erheben.“

Sitzung des Reichskabinetts.

Br. Berlin, 27. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Das Reichskabinet trat gestern nachmittags zur Besprechung politischer Tagesfragen in einer Sitzung zusammen, an der auch Reichspräsident Ebert teilnahm. Vorher war der englische Botschafter im Auswärtigen Amt erschienen, um Dr. Rosen eine Mitteilung seiner Regierung zu machen.

Die Beratung der neuen Stenervorlagen.

Br. Berlin, 27. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die neuen Stenervorlagen werden am 28. Juli zum erstenmal dem Kabinet vorgelegt, dort durchgesehen und an den Reichsrat bzw. den Reichswirtschaftsrat weitergegeben werden.

Die Verhandlungen des Reparationsausschusses vertraulich.

Br. Berlin, 27. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Verhandlungen, die heute im Reparationsausschuss des Reichswirtschaftsrates stattfinden und in denen der Wirtschaftsminister Dr. Rathenau und der Staatssekretär Dr. Hirth Aufschlüsse über die schwebenden Reparationsverhandlungen geben werden, werden vertraulich Natur sein.

Das Reichskommissariat für die besetzten Gebiete.

Br. Köln, 26. Juli. Nach Mitteilung von Mirbachs Telegraphenbureau wird nunmehr die Wiederbesetzung des Reichskommissariats für die besetzten Gebiete, das mit dem Austritt des Herrn v. Starnck frei wurde, in aller Eile erfolgen. Die Widerstände, die sich in gewissen Kreisen der Wiederbesetzung entgegenstellten, sind beseitigt. Mit dem Amtsantritt des Herrn v. Starnck-Wildenburg ist in der nächsten Zeit zu rechnen.

Das französisch-englische Kompromiß.

Nach unendlich langem Hin und Her ist zwischen Paris und London nun wenigstens Übereinstimmung in der Frage des Termins des Zusammentritts des Obersten Rates sowie in der Sachverständigenfrage erzielt worden. Italien hatte sich schon vorher einverstanden erklärt, daß sofort ein Sachverständigenausschuss ernannt und der Oberste Rat zum 4. August einberufen werden sollte. Der Sachverständigenausschuss ist bereits gebildet und besteht aus 11 Personen. Es sind Politiker, Juristen und Techniker, die z. T. mit oberdeutschen Verhältnissen besonders vertraut sein sollen. Sie treten schon morgen, Donnerstag, zusammen. Als Tagungsort kommt Paris in Frage. Die Frage der Truppenverstärkungen ist noch nicht geregelt. England widerspricht noch immer: der Oberste Rat soll selbst über die Notwendigkeit militärischer Verstärkungen in Oberschlesien entscheiden. Nach den langen Streitigkeiten wird man in Oberschlesien aufatmen, daß nun wenigstens die Entscheidung bald kommt. Aber wie sie ausfallen wird, darüber ist noch allen Vermutungen und Befürchtungen freier Spielraum gegeben!

Dr. London, 27. Juli. Die englische und die französische Regierung erreichten nunmehr ein Einverständnis über die Fragen prinzipieller Bedeutung, die mit Oberschlesien zusammenhängen. Wie bereits mitgeteilt, erklärte sich die französische Regierung damit einverstanden, daß der Oberste Rat am 4. August zusammentritt. Die englische Regierung nahm den Vorschlag an, vor dem genannten Zeitpunkt eine Sachverständigenkonferenz stattfinden zu lassen. Um den Wünschen Briand's entgegenzukommen, stimmte sie zu, daß die Konferenz des Obersten Rates in Paris stattfindet. Die englischen Sachverständigen Sir Hurst, Rechtsbeirat des auswärtigen Amtes, Tukson, Vorstand des mittelfranzösischen Departements, und Waterloo, Mitglied des gleichen Departements, reisten abends nach Paris ab. Eine Reise der Genannten nach Oberschlesien wird nicht erfolgen. Als Ergebnis der Auseinandersetzungen zwischen den Regierungen wurde eine viel bessere Atmosphäre geschaffen. In der Tat besteht jeder Grund zu der Annahme, daß die oberdeutsche Frage sich auf dem besten Wege zur Lösung befindet. Weitere Mißverständnisse bezüglich der Entsendung von Truppen oder eines anderen Punktes können wohl kaum entstehen.

Dr. London, 26. Juli. Die „Times“ drückt in einem Leitartikel die Freude darüber aus, daß der Weg zu einer endgültigen Aktion geebnet sei. Das Blatt bemerkt, wenn der Oberste Rat nicht imstande sei, eine endgültige Entscheidung bezüglich Oberschlesiens zu treffen, so könne er doch wenigstens das Problem vereinfachen. Die Alliierten würden dann imstande sein, das Problem mit mehr Ruhe anzusehen und durch vorläufige Maßnahmen die endgültige Lösung vorzubereiten.

Dr. London, 27. Juli. Weiter erklärt zu der bevorstehenden Konferenz des Obersten Rates, daß Lloyd George wegen der Fülle der zu erledigenden Arbeiten nicht in der Lage sein werde, London zu verlassen. Die Zusammenkunft des Obersten Rates werde, wie man glaube, nur von kurzer Dauer sein, da schließlich die oberdeutsche Frage auf der Tagesordnung stehe. Die englischen Sachverständigen seien bereits nach Paris abgereist.

Die Entscheidung über Oberschlesien.

Dr. Paris, 27. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die militärische und faktische Entscheidung über Oberschlesien kann schon auf der Sachverständigenkonferenz fallen, denn wahrscheinlich wird man das bewährte System der Aus-
süßerungen, wie es auf der großen Pariser Friedenskonferenz üblich war, anwenden und die Ergebnisse der Ausdehnung der Obersten Rat fix und fertig vorlegen. Es bleibt dann dem Obersten Rat nur übrig, die Beschlüsse und Grundsätze dieser Ergebnisse für die Disposition maßgebend zu erklären. Der englische und italienische Standpunkt der sogenannten Experten scheint nun der zu sein, daß die ausschließlich deutschen und die ausschließlich polnischen Gebiete sofort teils an Deutschland, teils an Polen übergeben werden, und daß das unstrittige Gebiet in irgend einer Weise in der Folgezeit aufgeteilt wird. Diese sofortige Aufteilung des weitest ausgedehnten Teils von Oberschlesien würde für Deutschland außerordentlich ungünstig sein. Sie widerspricht dem Geist der Versailles Bestimmungen über das Bleibnis und dem historisch festgelegten Sinn eines Bleibnis überhaupt. Trotzdem scheinen die französischen Sachverständigen mit dieser Lösung nicht einverstanden zu sein. Besonders will man die strategischen Punkte Rodenberg und Loobisch nicht an Deutschland geben lassen.

W. T. B. Paris, 26. Juli. Der Londoner Korrespondent des „Temps“ schreibt: Der Vorschlag des italienischen und des englischen Kommissars in Dapela bezüglich der sofortigen Übergabe der nicht umstrittenen Gebiete in Oberschlesien an die Deutschen bzw. an die Polen findet in London eine günstige Aufnahme. Man legt der Ansicht, wenn vor wenigen Monaten ein solcher Vorschlag dem Reichskabinet abgelehnt worden sei, weil die Autorität der Alliierten im Völkerbundgebiet nicht stark genug gewesen sei, so heute dieser Grund nicht mehr. Dabei vergesse man, daß den Deutschen hierdurch die strategischen Punkte Rodenberg und Loobisch anheimfielen, und daß das Vorgehen der Franzosen nun ihnen völlig unwirksam gemacht werden könnte. Ebenso läge man über das Anrecht hinzu, das auf diese Weise den Polen getan werden könnte, wenn später nur die für die Polens übrige bleiben den Landesteile in Betracht gezogen würden.

Das Ziel des 4. polnischen Aufstandes.

Dr. Berlin, 27. Juli. Wie der „Koslanzeiger“ aus Opatow meldet, haben nach Auslagen von Flüchtlingen aus der Kosenberger Gegend die Insurgenten, die in der Nacht zum Montag über die Grenze gekommen sind, geküfert, daß das Ziel des neuen Aufstandes unter allen Umständen Opatow sein würde, um die Interalliierte Kommission zu zwingen, sich den polnischen Wünschen zu fügen.

Der polnische Terror.

Dr. Berlin, 26. Juli. An ausländischer Stelle liegen Nachrichten über den Ausbruch eines Generalstreikes im Kreise Radnik nicht vor. Auch von größeren Teilstreiks ist nichts bekannt; jedoch sind die Verhältnisse im Kreise Radnik katastrophal. Die Leitung der Bewegung liegt in den Händen der „Kreiskasse“ oder „Kassastrasse“. Diese streben auf dem Standpunkt, daß die herrschende Klasse durch den Aufstand abgeworfen wird. Sie geben daher Befehle heraus und lassen sich das Recht an, selbständige Arbeiter einzustellen und zu entlassen. Eine geordnete Betriebsführung ist unter diesen Umständen nicht möglich.

Zu dem überfall polnischer Insurgenten auf die Bahnstation bei Dzierzowitz wird festgestellt, daß ein wohl vorbereiteter Angriff der Polen auf Kotel und Birzwa geplant war. Den Anführern wurden zwei schwere Maschinengewehre, neunzig Gewehre und eine große Menge Munition abgenommen.

W. T. B. Bentzen, 26. Juli. Wie die „Odenburger Morgenpost“ aus Gleiwitz meldet, erklärten Händler aus der Umgebung von Ratibor, die zu jedem Wochenmarkt mit ihren Waren nach Gleiwitz kommen, sie dürften vielleicht für längere Zeit das Festhalten nach Gleiwitz bekommen, da die Insurgenten die öffentlichen Abfälle hätten, den Verleider Gleiwitz-Ratibor neuerdings vollkommen zu unterbinden.

Dr. Opatow, 26. Juli. In Kosteik hat vorgestern abend in der 11. Stunde ein Insurgentenangriff stattgefunden. 50-60 Mann griffen ein Kommando der Kosteik an. Zwei Stunden später hatten die Insurgenten die Kosteik-Mühle in Brand. Aus der Richtung der Wilhelm-Mühle wurde sehr stark geküfert. Es wurde festgestellt, daß eine härtere Sachlage von regulären polnischen Truppen, unterstützt von polnischen bewaffneten Insurgenten, vor der Mühle lag. Die Kosteik-Mühle ist vollständig niedergebrannt.

Die Ausweisung des Oberbürgermeisters von Bentzen.

W. T. B. Bentzen, 26. Juli. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde ein Schreiben verlesen, das der Magistrat wegen Ausweisung des Oberbürgermeisters Dr. Stephan aus dem ober-schlesischen Gebiet an die Interalliierte Kommission richtete. In dem Schreiben wird besonders betont, daß Dr. Stephan geborener Oberbürgermeister ist und aus diesem Grunde keine Ausweisung eine außerordentliche Maßnahme sei. Das Schreiben schließt mit dem Ersuchen, die Ausweisung aufzuheben. Der Antrag des Magistrats, die Stadtverordneten möchten dem Schreiben zustimmen, wurde angenommen. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Interalliierte Kommission vom 9. März 1921 datierte Erlaubnis zum Oberbürgermeister auszuhandeln, bisher nicht erteilt.

Ein Gesuch der polnischen Geistlichen an den Papst abgelehnt.

Dr. Bentzen, 26. Juli. Wie die „Odenburger Morgenpost“ aus Kattowitz meldet, hat der Papst das Gesuch der polnischen Geistlichen in Oberschlesien, den besonderen Schutz des polnischen Klerus in Oberschlesien zu übernehmen und an Stelle des Kardinals Dr. Bertram einen anderen Kardinal zu ernennen, abgelehnt.

Der österreichische Gesandte beim Reichspräsidenten.

Dr. Berlin, 27. Juli. Der Reichspräsident empfing gestern den neuernannten österreichischen Gesandten und bayerischen Minister der Republik Österreich, Riedl, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens. Bei dem Empfang war der Reichsminister des Äußern Dr. Rosen anwesend.

Vor einer Regierungstriebe in Sachsen.

Dr. Dresden, 27. Juli. Die Grund- und Gewerbesteuer sind in den Ausschüssen des sächsischen Landtages mit den Stimmen der Deutschen, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Kommunisten abgelehnt worden. Finanzminister Heide erklärte darauf, daß, wenn auch das Plenum die Vorlage ablehnen sollte, die Regierung zurücktreten und der Landtag aufgelöst werden würde.

Abschied von der Familienpension.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Man wohnt jetzt auf einmal wieder „möbliert“ und die Berliner Pensionsmütter klagen, daß die jungen Leute von heute gar nichts mehr auf gute Hausmannschaft geben. Denn die allmähliche Aufhebung der Zwangsrentenpflicht und der, wenn auch verhältnismäßig kleine Preisrückgang in den Gasthäusern und Restaurationen hat das Pensionsgewerbe in eine schwere Krise gebracht. Während im Krieg und in der Nachkriegszeit sämtliche Berliner Fremden- und Familienpensionen überfüllt waren, wird jetzt auf diesem Gebiet fast überall über schlechte Rentenfürsorge geklagt. Früher bestanden allein stehende ältere Damen, die eine eigene Wirtschaft mehr führen wollten, oder berufstätige Frauen, die dazu keine Zeit hatten, teilweise Herren in geistlichem Alter ohne Familienanhang das Hausverwalteramt der Pensionen aus. Während des Krieges begannen sich aber auch viele Junggeheilen, die bisher einfach möbliert gewohnt und in kleinen Gasthäusern ihre Mahlzeiten eingenommen hatten, in Pensionen einzumieten. Schuld daran war die Zwangswirtschaft mit den vielen Beschränkungen im Gaststättengewerbe, das Steigen der Preise und die geringe Auswahl. Bald vergaß man die Brotkarte, bald waren die Fleisch- oder Kartoffelkarten verbraucht und dann war man „ausgerippt“, oder mußte lange Verhandlungen mit den Kellnern führen, um ausnahmsweise und gnadenhalber „Kintenern“ etwas zu kriegen.

Alle diese Unannehmlichkeiten bestimmten denn auch eine große Anzahl unverheirateter Beamter, Angestellter und Geschäftsleute, ihre eigene Freiheit aufzugeben und die täglichen Nahrungsfragen einer Pensionswirtin zu überlassen. Man brauchte sich nicht mehr anzustellen, um dann nach mühseligem Warten kein bühnen Brot, Butter oder das Pfund Erdäpfel abzuholen, man ließ sich mittags und abends zur bestimmten Stunde an den gebotenen Tisch und hatte die Gewißheit, verpflegt zu werden, wenn auch die Verpflegung den mühsamen Verhältnissen entsprechend, nicht gerade allzu lüppig gewesen sein mag. Nach Kriegsende wog sich schließlich die zunehmende Wohnungsmangel auch die unverheirateten Eheleute, die trotz diesem Mangel selbst das berühmte Pfundchen in der kleinsten Datsche nicht finden konnten, vorläufig die Pensionen auf Grund eines eigenen Hausstandes aufzugeben und sich als Kollaboranten ebenfalls in irgend einer der vielen Berliner Familienpensionen einzumieten.

Dies alles hat sich nun in den letzten Monaten geändert. Die drohende Zwangsrentenenthebung bewog viele Leute, die bisher nicht vermietet hatten, ein oder zwei Zimmer möbliert oder unmöbliert abzugeben. Schließlich wog manche auch die wirtschaftliche Not zur Beirratung der Wirtin.

Trimborn †.

Dr. Köln, 26. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstages, Staatssekretär a. D. Geh. Justizrat Karl Trimborn ist an den Folgen einer Operation gestorben.

Dr. Berlin, 27. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Anlässlich des Todes des Reichstagsabgeordneten Trimborn hat der Reichspräsident der Tochter des Verstorbenen, Frau von Hove, und der Reichstagsfraktion des Zentrums telegraphisch sein Beileid ausgesprochen. Der Reichskanzler hat gleichfalls ein Beileidstelegramm geschickt.

Der plötzliche Tod des Zentrumsführers Karl Trimborn bedeutet vor allem für seine Partei einen schweren Verlust. Als Vorsitzender des Volksvereins für das katholische Deutschland, als Parteivorstand und als Vorsitzender der Reichstagsfraktion des Zentrums übte der erfahrene Parlamentarier einen sehr weitreichenden Einfluss auf alle Richtungen und auf die politischen Entscheidungen des Zentrums aus. Seine liebenswürdige Persönlichkeit, sein trefflicher rheinischer Humor und seine überlegene Tatkraft ließen ihn leichter als andere die Schwierigkeiten überwinden, die ihm als Führer des Zentrums häufig entgegenstehen mußten. Mit seinem vorübergehenden Abgang und Borkmann in der Parteiführung, Gröber, rückte man Trimborn zum linken Flügel seiner Partei als Vorsitzender hat er in den letzten Jahren aber wohl seine Hauptaufgabe im Ausmaß der Gegenüberstellung. Trimborns Bedeutung ragte indessen weit über die Parteigrenzen hinaus. Schon von der kaiserlichen Regierung wurde er während des Krieges stark für die Stillregierung Belgiens herangezogen, und als Generalreferent für das belgische Unterstaatssekretariat hat er erfolgreich in Brüssel gewirkt. Unmittelbar vor dem Zusammenbruch wurde er neben Hausmann und Scheidemann zum Reichskanzler Prinz Max von Baden zum Staatssekretär ernannt. Nach der Revolution blieb jedoch auch ohne Staatsamt sein Einfluss immer mehr und in allgemeiner Erinnerung ist noch, daß ihm nach den letzten Reichstagswahlen vorübergehend die Bildung einer neuen Koalitionsregierung vom Reichspräsidenten angetragen wurde. Er lehnte ab, blieb aber bis zu seinem Tode in der Parteipolitik, im Reichstag und in der vaterländischen Entwicklung ein überaus einflussreicher Mann. Seine Klugheit war bei den Parteifreunden und den Gegnern ebenfalls hoch geschätzt, wie seine Loyalität, seine fastliche Gesinnung und seine ebenso gerühmte wie seine persönliche Integrität.

Karl Trimborn wurde am 2. 12. 1854 in Köln geboren. Nach Abschluss seiner Studien ließ er sich in seiner Vaterstadt als Rechtsanwalt nieder. In der Politik trat er erstmals im Jahre 1886 hervor. Er wurde damals als Kandidat des Zentrums in Köln für Reichstag und preußischen Landtag gewählt. Im Landtag vertrat er Köln bis zur Revolution von 1918. Bei der Reichstagswahl 1912 dagegen unterlag er in Köln dem Sozialdemokraten Dohrmann. Er kam dann aber doch in den Reichstag, und zwar für den Siegfried, wo Dr. Seder sein Mandat niedergelegt hatte. Nach der Wahlung Belgiens wurde Trimborn Referent im Generalgouvernement Belgien, und zwar für die Abteilung Unterricht und Kunst. Im Juli 1917 gab er jedoch diese Tätigkeit auf und widmete sich wieder völlig der parlamentarischen Tätigkeit. Im Kabinett des Prinzen Max von Baden war er dann von Anfang Oktober bis zum 9. 11. 18 Staatssekretär des Innern. Seit Januar 1920 bekleidete er das Amt des Vorsitzenden der deutschen Zentrumspartei. Ebenso war er im Reichstag der Führer der Partei.

Die Hilfsaktion für Rußland.

Dr. Berlin, 27. Juli. Die „Freiheit“ veröffentlicht einen Aufruf der Auslandsvertreter der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands (Menschen), in dem alle Arbeiterparteien Deutschlands dringend ersucht werden, unverzüglich ein Arbeiterkomitee aus Vertretern aller Richtungen zu bilden, welches eine Hilfsaktion für das hungernde Rußland in Deutschland organisieren soll. Der Aufruf wendet sich weiter an den Internationalen Gewerkschaftsbund mit dem Ersuchen, die Initiative zur Organisation einer internationalen Hilfsaktion zu ergreifen. Wie das Blatt mitteilt, deutet sich dieser Aufruf hingegen mit der Aufforderung des Exekutivkomitees der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, monach in allen Ländern Arbeiterauskünfte zur Hilfeleistung für Rußland gebildet werden sollen.

Streik der Berliner Zimmerleute.

Dr. Berlin, 27. Juli. Die Berliner Zimmerleute sind wegen Lohnstreitigkeiten heute in den Streik getreten. Das Berliner Baugewerbe ist dadurch stillgelegt.

gaben einen Hausenoffen gegen Miete aufnehmen. Andererseits führten die Abbaumassnahmen der Zwangswirtschaft, die leichtere Lebensmittelschaffung, die Einführung von Rationierung in den meisten größeren Betrieben dazu, daß viele Beamte und Angestellte, die bisher notgedrungen in der Pension wohnen mußten, wieder den freieren Fortbewegung anstrebten und sich möblierte Zimmer oder ganze Wohnungen ohne Verpflegung suchten. Auch materielle Vorteile spielten dabei mit. Im Jahre 1920 konnte man noch ganze Pensionen mit Pöhl: nach circa 400 Mark bekommen, während sich das Möblieren und das Essen außer Haus bedeutend höher stellte. Heute wird aber in einer mittleren Familienpension schon rund 1000 Mark monatlich verlangt. Bedienung, Beleuchtung, Heizung und Bettwäsche nicht mit eingerechnet. Möblierte Zimmer bekommt man aber schon von 100 Mark an. Bankbeamte und Angestellte größerer Betriebe mit durchgehender Arbeitszeit nehmen die Mittagsmahlzeit gewöhnlich in den sogenannten Kantine ein. Der Durchschnittspreis beträgt 4 bis 8 Mark, d. h. im Monat 120 bis 240 Mark. Rechnet man nur die Zimmermiete von 100 Mark dazu, so bleibt einem, der nicht in Pension lebt, über 600 Mark monatlich für Frühstück und Abendessen übrig ein Betrag, mit dem man bei einiger Verschämtheit schon recht gut auskommen kann. So stehen denn auf einmal eine ganze Anzahl von Familienpensionen in Berlin leer oder leben einen Gast nach dem andern langsam entlassend.

Aus Kunst und Leben.

* Das bändereiche Werk der Welt. Während sich die abendländischen Kulturen den Rang streitig machen, die allmählich den Druck der Natur überlegen, zweifelt es, woran in der „Deutschen Literaturzeitung“ erinnert wird, das bändereiche Werk, das sie erschaffen hat, die fälschlich „Hineinliche Enzyklopädie“, die 6000 Bände umfaßt und Berichte über eine Zeitspanne von 2800 Jahren enthält. Ein Exemplar dieses Wertes ist im Britischen Museum. Die einzelnen Bände wurden nicht gebunden, sondern in Rollen gelegt, die sehr leicht auszuwickeln sind. Der geschriebene Text wurde auf Holzscheiben durch Umbruch übertragen, und dann hat die einzelnen Wortstämme aus dem Block herausgeschnitten, so daß sie erhaben stehen bleiben. Von diesen Holzscheiben wurden die Blätter gedruckt, immer nur jedes Blatt auf einer Seite, da das feine Papier das zweite Blatt nicht zuläßt. Auch heute noch wird bei der Buchherstellung in China diese Handarbeit ohne Verwendung jeder Druckpresse geübt, und trotzdem kann ein tüchtiger Drucker jeden Tag 2500 bis 3000 Bände machen.

Eine schwere kommunistische Niederlage.

Dr. Berlin, 27. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Am vergangenen Sonntag und Montag wurde im ganzen Reich die Urabstimmung zu den Delegiertenwahlen für den im September in Jena stattfindenden Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes vorgenommen. Gewählt wurde nach Listen, und zwar hatten fast überall die Rechtsfraktionen und die Unabhängigen eine gemeinsame Liste A (Amsterdam) aufgestellt, während die Kommunisten mit der Liste B (Moskau) auf den Plan traten. Nach dem Wahlreglement können nur Vertreter der Reichslisten zum Verbandstag entsandt werden. Nach liegen zwar nicht die Ergebnisse aus dem ganzen Reich vor, aber die Ergebnisse aus den Hauptindustrieregionen lassen sich schon eine gewaltige Niederlage der „Bannerträger“ Moskaus erkennen. So hat in Groß-Berlin, früher eine Hochburg der kommunistischen Metallarbeiter, von 54 668 abgegebenen Stimmen die Liste A 31 841, die Liste B 22 027 Stimmen erhalten, so daß also aus Groß-Berlin kein Kommunist in Jena entsandt. Der Vorsitz der Abhängigen Amsterdams hat sich gegenüber der Wahl zur Berliner Ortsverwaltung der Metallarbeiter mehr als verkehrt. Weder oder weniger daselbst wird wie Berlin zeigen auch die anderen Städte. In ganz Rheinland-Westfalen wurden neben 113 die Richtung Amsterdam vertretenden Delegierten nur 19 Kommunisten gewählt. In Magdeburg, Saalfeld, Stettin, Hamburg, in der ehemaligen kommunistischen Hochburg Kiel liegt der Weg der Liste A. Die Entscheidungsschlacht zwischen Amsterdam und Moskau ist also dank der Tatsache, daß der gesunde Sinn der Metallarbeiterschaft sich von den Moskowitern abgewandt und den Weg zu den Unabhängigen und Rechtsfraktionen zurückgefunden hat, zugunsten Amsterdams ausgefallen. Diese kommunistische Niederlage im Kampf um die Herrschaft in der Gewerkschaft der Metallarbeiter, einer der mächtigsten und reichsten Deutschlands, ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung, da bekanntlich das Streben der Kommunisten darauf hinauszielt, die Gewerkschaften zu zerschlagen und von da aus die sozialistischen Parteien zu zwingen. Das Ergebnis der Wahlen ist also ein Barometer für die Stimmung der Metallarbeiterschaft Deutschlands. Für den sozialen Frieden wäre es ein Verhängnis gewesen, wenn die große Gewerkschaft der Metallarbeiter unter kommunistische Führung gekommen wäre.

Die Schulden der Alliierten bei Amerika.

Dr. Paris, 26. Juli. Die Botschaftsagentur berichtet aus Washington. Senator Borah beantragte im Senat, die Zahlung der Schulden der Alliierten bis nach der geplanten Abrüstungskonferenz aufzuschieben. Wenn die auswärtigen Regierungen nicht in der Lage seien, sich mit den Vereinigten Staaten über das Abrüstungsprogramm zu einigen, werde das der amerikanischen Regierung das Recht geben, auf der künftigen Bezahlung ihrer Schulden und Zinsen zu bestehen. Wenn diese Regierungen fortführen, erhebliche Entschädigungen für Reparationen auszugeben, dürften die Vereinigten Staaten wahrscheinlich eine andere Politik einschlagen. Frankreich sei gegenwärtig die am meisten militärische Nation. Seine Armee von 800 000 Mann sei übermäßig stark. Auch England gebe ungeheure Summen für Armee und Marine aus.

Die Forderungen der Tschechoslowakei auf österreichischen Kunstbesitz.

Dr. Wien, 27. Juli. Die Politische Korrespondenz erzählt, daß die auf Grund des Staatsvertrages von St. Germain zwölf Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages zu erwartenden Forderungen der tschechoslowakischen Republik an österreichischen Kunstbesitz in Form eines umfangreichen Memorandums in Wien eingetroffen sind. Die auf eine ziemlich große Anzahl von Museen, Agenturen verschiedener Art erhobenen Ansprüche werden von der Reparationskommission untersucht werden, deren Entscheidung erst nach mehreren Monaten zu erwarten ist.

Melilla nicht gefährdet.

D. Paris, 27. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus Madrid gemeldet wird, wird amtlich erklärt, Melilla sei nicht gefährdet.

Dr. Madrid, 26. Juli. (Havas, Amtlicher Bericht.) Die ganze Linie von Melilla wurde besetzt, so daß nunmehr jede Gefahr eines neuen Angriffs als beseitigt betrachtet werden kann. Mehrere allmählich heranrückende Truppenabteilungen verteidigen sich weiterhin heldenmütig gegen den übermächtigen Feind. General Berenguer glaubt, in aller Eile über genügend Truppen verfügen zu können, um ihnen Hilfe zu bringen. Andere Abteilungen sind bei den zurückgebliebenen Kadetten geblieben. Über das Schicksal der Abteilung Alcañal fehlt noch jede Nachricht. General Berenguer hat die Truppen, welche die Stellungen bei Sidi Drish besetzt halten, von der Verpflichtung entbunden, sich weiter zu verteidigen.

* Ein gallischer Bädergast. In den altrömischen Thermen des Seztius, die sich in Aix-en-Provence befinden, werden jetzt Ausgrabungen veranstaltet, und man hat hier eine antike Baderanlage aufgedeckt, wobei auch Trümmer von Statuen gefunden wurden. Unter diesen Denkmälern befindet sich ein Altar, der eine Inschrift trägt, die von dem Archäologen Edmond Abbe entziffert wurde. Danach hat eine gewisse Pompeia Antiope dem Porbanus diesen Altar gestiftet. Porbanus ist der Name eines gallischen Gottes, der aus anderen Inschriften bekannt ist und der als „Sellaot und Beschützer der Bäder“ in Aix verehrt wurde.

* Anthropologie und Wissenschaft. Zur Einleitung der von der Studentenschaft der technischen Hochschule in Darmstadt in Gemeinschaft mit dem Bund für anthropologische Hochschularbeit, der Arbeitsgruppen in Darmstadt, Frankfurt, Gießen, Marburg, Heidelberg und Würzburg besteht, in den Tagen vom 25. bis 30. Juli veranstalteten „Sozialwissenschaftlichen Tagung“ hat, bei welcher nach einer Ansprache durch einen Vertreter der Studentenschaft Dr. Walter Joh. Stein eine Begrüßungsansprache hielt, in der er das Wesen der Anthropologie erläuterte, die eine ganz neue Wissenschaft sei, die ihren Platz erst erkämpfen muß. Man dürfe sie vor allem auch nicht mit unwissenschaftlichen Lehren, wie Rassen, Theorien der Rassen, verwechseln. Ebenso falsch sei es, sie um deswillen zu bekämpfen, weil sie nur auf den Fortschritt eines Gelehrten (Steiner) beruhe. Die Anthropologie wolle einen Übergang aus der Naturwissenschaft unserer Zeit zu der Welt der Ideale schaffen, die in dem Wesen der Religion und der Moral liegen. Die bisherigen Ergebnisse Steiners auf dem Gebiet des Seelenlebens werden von diesem selbst wie von keinen Schülern erst im Licht moderner Wissenschaft erläutert und aufgearbeitet werden. Reiner führte weiter aus, daß der Mensch von aller Naturwissenschaft ausgeschlossen sei, in Verbindung damit steht die proletarische Bewegung und die Klagen über die soziale Not. Die Lehre an sich ist noch unvollkommen, doch soll die Veranstaltung den Anstoß zu weiterer Aufklärung geben.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Von Fritz Martin Kintefen sind (im „Drei-Ähren-Verlag“) Wiesbaden und Leipzig) soeben drei schmale Bändchen veröffentlicht. Sie betiteln sich „Gedichte an Torinde“, „Liebe, die aller Himmel Gefirne bewegt“ und „Lieder vom Tod und von Gott“. Dritte Empfindlichkeit und ein langjähriger Rhythmus kommt in vierzig Strophen zu je sechs verinnerlichtem Ausdruck. Besonders der „Gedichte an Torinde“ zeichnet sich durch „Wohlfühlens und überzeugende Gefühlsmalerei“ aus.

